

Medienporträt: MSZ – Gegen die Kosten der Freiheit

Von Jürgen P. Lang

1. Darstellung

In den wenigen schwachen Momenten haderte die *Münchener Studentenzeitung* (MSZ), wie sie sich bei Ihrer Entstehung nannte, damit, nicht verstanden, missinterpretiert oder ignoriert zu werden. „All das hat uns schwer getroffen“¹, gab der enge Kreis der Autoren und Herausgeber – ab Mitte der 1970er Jahre identisch mit der Führung der *Marxistischen Gruppe* (MG) – einmal zu. Man grämte sich, zu Wendezeiten 1990 in die Ecke der Verteidiger des Realsozialismus gestellt zu werden, in der man gar nicht sein wollte – und tatsächlich auch nicht war. Solche Eingeständnisse setzten einen bemerkenswerten Kontrapunkt zu den ellenlangen theoretischen Ausführungen, die die Blattmacher ab Ende der 1970er Jahre mit scharfer Polemik zu popularisieren suchten. Die Texte der MSZ verstand oft nur, wer über ein Sensorium für Ironie und Sarkasmus, einen langen Atem und die nötige Ruhe verfügte, um die in nicht ganz einfachem Satzbau transportierte abstrakte Logik zu erfassen.

Diese Defizite kompensierte die MG mit der Wucht der Agitation. Als sie 1991 ihre Auflösung erklärte, resümierte Georg Fülberth: „Realistischerweise rechnete die MG damit, dass gerade diejenigen, welche es anging, sich für ihre Argumente besonders wenig interessierten. Sie baute deshalb – vor allem an den Hochschulen – einen aufwendigen Agitations-Apparat auf, der viele Leute nervte.“² Wesentlicher Teil des Apparats war die MSZ, die zu ihren Hochzeiten eine Auflage von rund 10.000 Exemplaren pro Ausgabe erreichte.³ Dazu kamen die berüchtigten „Seminar-Sprengungen“ sowie jährlich hunderte Veranstaltungen. „Diskussionen“ im Sinn eines Austauschs von Argumenten auf Augenhöhe ließ die MG dort allerdings nicht zu – auch nicht in der MSZ. Die Rubrik „Korrespondenz“ (Mitte 1985 bis Mitte 1987) gestattete zwar Leserkritik. Der belehrende Ton ließ aber keine Zweifel daran, wer am Ende Recht behielt. Das erinnerte an die Lektionen, die einst die Chefideologen der *Deutschen Kommunistischen Partei* (DKP) dem noch nicht ganz sattelfesten Kadernachwuchs erteilten. Damit endeten aber schon die Gemeinsamkeiten.

Die intellektuelle Hybris, das ausgeprägte Sendungsbewusstsein und die ideologische Rigidität stellten selbst die linksextremistische Konkurrenz in den Schatten und trugen der MG – hier vonseiten der selbst straff organisierten DKP – den

1 In eigener Sache: Unser „Verhältnis“ zu denen in Moskau, in: MSZ vom 17. Mai 1990, S. 35.

2 Georg Fülberth, Ein Fall von Panik, in: Konkret, 7/1991, S. 21.

3 Vgl. Der Bundesminister des Innern, Verfassungsschutzbericht 1985, Bonn 1986, S. 104.

Vorwurf eines „religiös anmutenden Sektendasein[s]“⁴ ein. Für die Unverständigen in diesem Spektrum hatte die MSZ im Gegenzug wenig Schmeichelhaftes übrig. Beleidigung gehörte zum Repertoire, das mit Kraftausdrücken nicht sparte. Man strafte die gesamte Linke mit Verachtung. Eine Kostprobe des für die MG typischen Zynismus: „Was die Linken ins Kräfteverhältnis einbringen, sieht dann so aus: braune Grüne, grüne Grüne, grünes Mittelfeld, bunte Grüne, rote Grüne, alternative Bunte, super-rote grüne Frauen, bunte Schwulen [sic!]. Alles in allem ganz viel Alternative auf der Höhe der Zeit.“⁵ Offenkundig hatte die MSZ eine solche Tirade nötig, obwohl sie sich ideologisch ohnehin deutlich vom großen Rest abhob. Auch das war Ausdruck des Gefühls ständigen Unverstandenseins.

Die MG nannte sich marxistisch, berief sich aber ausschließlich auf die Erkenntnisse zu Lohnarbeit und Kapital, die Marx in seiner *Kritik der politischen Ökonomie* dargelegt hatte. Wer die MSZ-Ausgaben durchforstet, wird dort über mehr als zwei Jahrzehnte hinweg nichts zu Dialektik und Revolution finden. Revolutionäre Naherwartungen oder die Organisation des Umbruchs – beides Diskussionen, die die übrige extreme Linke entscheidend prägten – waren für die MSZ kein Thema. Der harte Materialismus der MSZ verbannte alles, was aus ihrer Sicht vom ideologischen Kern abwich, ins Reich der „Moral“. Dieser notorisch verwendete Begriff war die Keule, mit der die MSZ die politische Konkurrenz erschlagen wollte. Parallelen zu heutigen gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen, in denen eine „woke“ Linke von einer populistischen Rechten des Moralisierens bezichtigt wird, sind nicht völlig von der Hand zu weisen. Schon früh wollte die MSZ aufzeigen, wie man „bloß moralischen Protest überwindet, um zu einer Analyse der wirklichen Ursachen des Imperialismus zu gelangen.“⁶ Friedensbewegung, Umweltschutz, selbst den Terrorismus hielt sie für moralgetrieben und deshalb grundsätzlich affirmativ: „So sehr schätzen Moralisten des Allgemeinwohls den gewöhnlichen Gang von Geschäft und Gewalt, dass sie die politische Herrschaft des Kapitals zum Anwalt der sterbenden Waldes, des Friedens und der ‚sozial Schwachen‘ ernennen!“⁷ Moral sei „das gute Gewissen der Klassengesellschaft“.⁸

Was den Titel der Zeitschrift betrifft, blieb nur das Akronym MSZ am Platz, während Namen ebenso wie Aufmachung, Struktur und inhaltliche Schwerpunkte wechselten. Ende 1983 gaben die Herausgeber den Versuch nach nur zwei Nummern auf, die Zeitschrift *MZ – Marxistische Zeitung* zu nennen. Bekannt wurde die MSZ als *Marxistische Studentenzeitung*, dem anfänglichen Titel nach Gründung der MG im Jahr 1974. In den letzten Jahren hieß sie *MSZ – Gegen die Kosten der Freiheit*. Das offenkundig publikumswirksame Kürzel spiegelte sich nur noch in dem etwas

4 Zitiert nach Neue Sympathisanten-Plena der Marxistischen Gruppe, in: MSZ vom 22. Januar 1979, S. 2.

5 Der Fortschritt des westdeutschen Sozialismus: Die Linke bewegt sich weiter, in: MSZ vom 28. April 1980, S. 21.

6 Moralische Entrüstung oder Klassenkampf?, in: MSZ vom 30. Mai 1972, S. 4.

7 Profit als moralische Kategorie, in: MSZ vom 19. Dezember 1984, S. 21.

8 Moral – das gute Gewissen der Klassengesellschaft, in: MSZ, Januar 1986, S. 39.

konstruierten Untertitel „Marxistische Streit- und Zeitschrift“ wider. Gestartet war die MSZ bereits Ende 1968 als *Münchener Studentenzeitung*, dem Organ des Allgemeinen Studentenausschusses (AStA) der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) in der bayerischen Landeshauptstadt. De facto war sie die Zeitung der örtlichen *Roten Zellen*, eines der Zerfallsprodukte des *Sozialistischen Deutschen Studentenbunds* (SDS), die den AStA dauerhaft bis zu seiner Auflösung 1974 dominierten. Die *Münchener Studentenzeitung* machte ihrem Namen alle Ehre. Sie erschien in Semesterzeiten in etwa zweiwöchentlich (in den Ferien seltener) im kleinen Zeitungsformat, mit höchstens 16 Seiten und spärlicher Aufmachung. Studentische Themen wie Hochschulpolitik im Allgemeinen und speziell in München nahmen breiten Raum ein. Die Artikelserie „Sozialistisches Studium“ klopfte die unterschiedlichen Fachbereiche auf ihren „materialistischen“ Gehalt hin ab.

1971 spalteten sich die *Roten Zellen* in eine *AK-Fraktion* und den sogenannten *Zentralverband der Roten Zellen*. Letztgenannter näherte sich traditionell-kommunistischen K-Gruppen an, während die *AK-Fraktion*, die Keimzelle der späteren MG, eine knappe Mehrheit und damit auch die MSZ behielt. Aus einem anderen Organ der *Roten Zellen*, dem *Roten Blatt München*, schied die *AK-Fraktion* dagegen aus. Deren Angriff auf die „Unfähigkeit“ der Minderheit, „den Zusammenhang zwischen dem Bewusstsein der Studenten als den Adressaten ihrer Politik und der allgemeinen Einsicht zu erkennen, dass das Wesen dieser Gesellschaft kapitalistisch ist“⁹, folgte auf dem Fuß. „An die Stelle methodologischer Überlegungen über das materialistische Herangehen an die politische Ökonomie“ trete eine erkenntnistheoretische Spekulation, in deren Verlaufe es den Studenten verboten wird, Theorie zu treiben, weil sie ‚Zwischenschichten‘ [zwischen Bourgeoisie und Proletariat] sind.“¹⁰

Hier war bereits früh angedeutet, dass die Vorläufer der MG in den Studenten keine untätige „Zwischenschicht“, sondern den Hauptakteur bei der Indoktrination der Arbeiter sahen. Schon vor der Spaltung stand der Anspruch fest: „Die Roten Zellen sind die Organisation, welche das Verhältnis zwischen Intellektuellenbewegung einerseits und proletarischer Organisation andererseits korrekt zu bestimmen trachten.“¹¹ Im Mai 1973 – es war das einzige Mal, dass sie sich einschlägig äußerte – elaborierte die MSZ ein Schulungskonzept, das die MG später in die Tat umsetzen sollte. Die Schulung sei „konzipiert als Nachvollzug der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie als Voraussetzung politischen gesellschaftsverändernden Handelns“.¹² Sie sei „für die Beteiligten ein Prozess der Ausbildung für die Arbeit in der sozialistischen Organisation der AK-Fraktion. Er impliziert das fortschreitende Begreifen auch der Teilbereiche der Politik von AStA und AK-Fraktion, die zunächst als mehr oder minder willkürliche Aktivität erscheinen mögen: die Durcharbeitung des ‚Kapital‘ ist also zunächst wissenschaftliche Tätigkeit [...]. Die Einsichten, die

9 Rote Zellen gespalten!, in: MSZ vom 20. Oktober 1971, S. 2.

10 Sektengründung statt Politik: Warnung vor KSV, KHB und ähnlichem, in: ebd., S. 3.

11 Die Junge Union der D„K“P, in: MSZ vom 22. April 1970, S. 5.

12 Zur Schulungsarbeit der AK-Fraktion, in: MSZ vom 4. Mai 1973, S. 11.

die Teilnehmer einer Schulung bei der Aneignung des ‚Kapital‘ gewinnen, enthalten [...] den Anspruch, zum Inhalt auch des praktischen Verhaltens zu werden.“¹³ Die Teach-ins der MG zu Karl Marx‘ Hauptwerk *Das Kapital* besuchten später tausende, sie waren Voraussetzung für den Erwerb des Sympathisantenstatus. Nach der ideologischen Druckbetankung folgte meist das frustrierende Geschäft, vor Betrieben Flugblätter zu verteilen – oder die MSZ vor Hochschulen.

Der ideologische, strategische und organisatorische Kern der *AK-Fraktion* zählte vier Köpfe. Allen voran ist Karl Held zu nennen, den Ulf Poschardt jüngst als „den kühlen Kopf der Marxistischen Gruppe“¹⁴ würdigte. Held war Mitgründer des SDS in Erlangen und wechselte 1968 nach München. Mit Peter Decker verfasste er mehrere Schriften im MG-eigenen Resultate-Verlag. Decker übernahm von Held nach dessen Tod im Jahr 2010 die Leitung der MSZ-Nachfolgezeitschrift *Gegenstandspunkt*.¹⁵ Zum Quatuorvirat der *AK-Fraktion* und der späteren MG zählten außerdem der zeitweilige AStA-Vorsitzende Theo Ebel und der langjährige Pressesprecher Herbert Ludwig Fertl. Mit Ebel veröffentlichte Held das einzige Werk, das außerhalb des Publikationskosmos der MG erschien, im Suhrkamp Verlag.¹⁶ Gemeinsam elaborierten die vier die Ideologie der MG und schrieben – nicht zuordenbar – sämtliche Texte der MSZ, die, bis auf zwei Ausnahmen in der Frühzeit, als sich Held und Fertl 1970 zum Imperialismus äußerten,¹⁷ durchwegs anonym erschienen. Das Arbeitspensum der Belesenen muss, zumal angesichts der umfangreichen und theoretisch anspruchsvollen MSZ-Beiträge und zahlreicher Veranstaltungen, enorm gewesen sein. Ihr überbordendes Sendungsbewusstsein trieb sie an. Die MSZ war ein Organ der Denker, nicht der Straßenkämpfer. Nur dreimal, während der Anti-NATO-Proteste zwischen 1981 und 1983, ließ sich die MG zur Teilnahme an Demonstrationen hinreißen – und rechtfertigte sich im Anschluss dafür.¹⁸

Auf breitere Resonanz stieß Helds Veröffentlichung *Die Psychologie des bürgerlichen Individuums*, in dem sich der Autor unter anderem mit dem Problem des freien Willens auseinandersetzte. In folgendem Zitat verdichtet sich Helds Denken, das der MSZ unverkennbar eine geistige Richtschnur vorgab: „Es ist so, dass [das bürgerliche Subjekt] die Welt [...] als verfügbares Material seines bereits kontrol-

13 Ebd.

14 Ulf Poschardt, Der Sündenfall der Linken? Sie hat die Klassenfrage vollkommen ausgeblendet, in: *Die Welt* vom 7. Oktober 2022.

15 Andreas Fraude, Zeitschriftenporträt: *Gegenstandspunkt*, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Bd. 15, Baden-Baden 2003, S. 247-262.

16 Karl Held/Theo Ebel, *Krieg und Frieden. Politische Ökonomie des Weltfriedens*, Frankfurt a. M. 1983.

17 Vgl. Herbert L. Fertl, Zur Aktualität des Leninismus. Grundprobleme einer revolutionären Theorie, in: MSZ vom 22. April 1970, S. 2; Karl Held: Zur Aktualität des Leninismus. Lenin, gegen seine Liebhaber in Schutz genommen, in: ebd., S. 3.

18 Vgl. Gegen BRD-Imperialismus und NATO-Weltherrschaft, in: MSZ vom 7. Dezember 1981, S. 8; Aufruf zur Demonstration der Marxistischen Gruppe (MG) gegen den NATO-Imperialismus und die deutsch-amerikanische Kriegsallianz, in: MSZ vom 26. Mai 1982, S. 84; Demonstration von MG und BWK am 17. Juni 1983 in Bonn: Antiimperialistisch gegen NATO, in: MSZ vom 1. Juli 1983, S. 14.

lierten Willens auffasst, dass es so und nur so seine individuelle Freiheit genießt: das Individuum anerkennt die bürgerlichen Verhältnisse in dem, was es darf.“¹⁹ Übersetzt: Der Mensch meint, einen freien Willen zu besitzen, ein Trugbild, weil nur das als freier Wille erkannt wird, was der kontrollierende Staat erlaubt. Das Buch, insbesondere die Ausführungen zum Selbstmord, rezipierte seinerzeit Ernst Jünger wohlwollend, wenngleich ihm der ironische Unterton Helds entgangen sein dürfte.²⁰

Die MSZ wollte durch wissenschaftliche Evidenz überzeugen, nicht durch moralische Appelle. Adressaten waren – in diesem Punkt ganz klassisch – die Arbeiter, denen man, oft abfällig als „Proleten“ bezeichnet, allerdings nicht zutraute, ihre Umstände ohne Unterstützung durch die Intelligenz empirisch zu erfassen. Eine revolutionäre Avantgarde als Vorhut der Arbeiterklasse im Sinne Lenins sah die MG gleichwohl nicht vor. Grundsätzlich ging sie davon aus, dass jeder Mensch, also auch der spätere Arbeiter, im Sinne des Hegel’schen Ideals, mit einem freien Willen gesegnet sei. Alles, was diesen Willen beeinträchtigt, stellte sie unter Ideologieverdacht. Sie begab sich damit in einem elementaren Baustein ihrer Ideologie außerhalb des Marxismus. Eine Gesellschaft, bestehend aus Menschen mit einem uneingeschränkten freien Willen, ist implizit der Urzustand, in den die MG – durch Einsicht in vermeintliche empirische Tatsachen – zurückmöchte. Interessengegensätze seien, so kann man es herauslesen, unter kapitalistischen Bedingungen aber fehlgeleitet. Ganz anders als der zeitgenössische Linksextremismus erkannte die MSZ die grundsätzliche Offenheit der bestehenden Gesellschaften an und kritisierte insbesondere „die ML-Wissenschaft“ dafür, dass sie „den hierzulande als Freiheit des Denkens verehrten Pluralismus nicht zu schätzen weiß.“²¹

Als – wenn man so will – Ursünde fungierte in der MG-Ideologie, ganz bei Marx, das Eigentum, das letztlich das freie Spiel der Interessen auf eine Veranstaltung für einige wenige reduziere: „Das staatlich gewollte und etablierte Prinzip, das jenseits aller naturwüchsigen Kollisionen und Streitigkeiten die zivilisatorische Gleichung von Interesse und Interessensgegensatz so selbstverständlich, eine beaufsichtigende Gewalt so fraglos notwendig macht, ist das Eigentum: Der durch hoheitliche Gewalt gesetzte Ausschluss des Willens und Interessen aller anderen von Gütern, die dadurch den Charakter des Privaten erhalten.“²² Damit war der rote Faden, der die MSZ insgesamt durchzog, gesponnen: der Staat als (flexibles) Instrument zur Sicherung spezieller (aber eben nicht aller) Interessen. In einer Twitter-Diskussion mit dem Autor dieses Beitrages erklärte ein Angehöriger des *Gegenstandpunkt*-Projekts den Zusammenhang zwischen freiem Willen und Interessen in einem kapitalistischen Klassenstaat wie folgt: „Der Staat macht die Menschen unter seinem Recht zu

19 Marxistische Gruppe (Hrsg.), *Die Psychologie des bürgerlichen Individuums*, 4. Aufl., München 1990, S. 19.

20 Vgl. Michael Klein, *Jünger, Marx und der Selbstmord*, in: *Ossietzky*, 15-16/2011, S. 50.

21 *Die dialektischen Umtriebe der „marxistisch-leninistischen“ Wissenschaft*, in: MSZ-Kollektiv (Hrsg.), *MSZ – Marxistische Studentenzeitung. Hochschulzeitung der Roten Zellen und Marxistischen Gruppen*. Nachdruck aus dem 1. Jahrgang (Nr. 1-7), München 1976, S. 18.

22 *Gegenstandpunkt: Die Gewalt*, in: MSZ, März 1985, S. 39.

freien und gleichen Eigentümern, zu Menschen mit ‚privaten Sonderinteressen‘, die sozusagen auf eigene Rechnung durchs Leben kommen müssen. Weil das erst einmal die Sachlage ist, mit der die Leute konfrontiert sind, ist es nicht verwunderlich, dass sie vom Standpunkt ihres praktischen (Eigentümer-)Interesses aus wollen“.²³ Diese „Sonderinteressen“ würden als freier Wille wahrgenommen.

Der fundamentale Anti-Etatismus – und auch das ist ein Gegensatz zum klassischen Linksextremismus – machte keinen Unterschied zwischen Diktatur oder Demokratie, rechts- oder linksgerichteten Systemen. So standen auch DDR oder die Sowjetunion – ich komme darauf noch zurück – als Staaten da, von denen funktional dieselben Zwänge zu Lasten der Arbeiterinteressen ausgingen wie von kapitalistischen. Mehrere große Analysen befassten sich schon früh mit der Rolle des Staates²⁴ und unterstrichen damit deren große ideologische Bedeutung. Anders als bei Lenin bestimmte der Staat die in der MSZ durchweg präsenste Auseinandersetzung mit dem Imperialismus. Der leninistischen Imperialismustheorie warf die MSZ vor, Politik allein aus der „Ökonomie des modernen Kapitalismus“²⁵ abzuleiten. Lenins in weiten Teilen des orthodoxen Kommunismus sakrosankte Schrift *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus* komme „einer handfesten Revision der Marxistischen Erklärung der Ökonomie“ gleich und sei „ein Schatzkästlein des ‚bürgerlichen Moralismus““. Zwar treibe die ungebrochene Entfaltung der Kapitalgesetze [...] die Kapitalisten, nach Zurichtung des eigenen Landes, auf Gedeih und Verderb in die Welt hinaus.“²⁶ Doch es seien Staaten, nicht wie bei Lenin Monopole, die diese Expansion vorantrieben.

Im Gegensatz zu „klassischen“ Kommunisten war in der MSZ nie von einer Staat und Gesellschaft in eins setzenden „Kapitalherrschaft“ die Rede. Der Kapitalismus galt vielmehr als ein rein gesellschaftliches Phänomen. Der Staat beziehe sich lediglich „auf die Oberfläche der kap[italistischen] Gesellschaft; er reflektiert von dort her als abgetrennter Bereich auf die Interessen dieser Gesellschaft“ und könne auf die „Selbständigkeit und Vorausgesetztheit der ökonomischen Bewegung [...] lediglich reagiere[n]“.²⁷ Er erscheint aus Sicht der MSZ als ein der Gesellschaft bloß nachgeordnetes Regulativ verschiedener Kapitalinteressen. Erst in Krisenzeiten schlage die „Enthaltbarkeit“ des Staates in Interventionismus um. „Faschismus“ sei in diesem Zusammenhang „eine spezifische Reaktionsweise des bürgerlichen Staates auf die krisenhafte Zuspitzung der Widersprüche in der kapitalistischen Konkurrenz“²⁸ – eine Auffassung, der orthodoxe Kommunisten noch zustimmen würden. Anders als diese erblickte die MSZ im Faschismus jedoch keine Form von Klassenherrschaft (und auch keine Variante staatlicher Gewaltausübung). Vielmehr legte

23 Twitter-Account @regenstrandfunk, Tweet vom 21. April 2023, 06.46 Uhr.

24 Vgl. Zum Wahlzirkus '72: 2 Programme – 1 Staat, in: MSZ vom 31. Oktober 1972, S. 4 f.

25 Ein aktueller, aber falscher Klassiker: Lenin, *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus*, in: MSZ vom 21. Mai 1981, S. 74.

26 Ebd., S. 77.

27 Grundrisse einer Kritik des Faschismus, in: MSZ vom 12. Juli 1973, S. 8.

28 Ebd.

sie Wert auf die Feststellung, dass Faschismus als eine gesellschaftliche Form „nur [...] auf Basis einer Massenbewegung“²⁹ durchsetzbar ist – ein expliziter Affront gegen die in weiten Teilen der (extremen) Linken nachwirkende Dimitroff-Doktrin der Komintern in den 1930er Jahren. Mit dem Faschismusbegriff operierte die MSZ weitaus deliberativer als im Linksextremismus üblich.

Die MSZ dachte von unten her, ausgehend von der Gesellschaft, nicht von oben herab, ausgehend von einer bestimmten politischen Herrschaft. Proteste, Gewalt und Terrorismus gegen den Staat erklärte sie aus diesem Grund für nebensächlich, unwirksam, in der Konsequenz affirmativ; sie dienten allenfalls dem guten Gewissen. „Die Anarchisten [gemeint waren RAF und die Bewegung 2. Juni] [...] proklamieren die Befreiung für alle, machen sich gemeinsam stark für die Interessen und Bedürfnisse der Bevölkerung, und gehen daher gegen den Staat vor, ohne falsches Bewusstsein und seine Praxis im Handeln der Privatpersonen anzutasten.“³⁰ Nicht am Staat, sondern am „falschen Bewusstsein“ – für Marx ein zentraler Begriff – der Menschen musste Veränderung aus Sicht der MG ansetzen.

Linke Befindlichkeiten strafe die MSZ mit Verachtung. Frauenemanzipation sei „bürgerlich“; die Diskussion um Abtreibung eine „Pseudodebatte“.³¹ Überhaupt degradierte die MSZ alle die Linke der 1970er Jahre prägenden ideologischen Schlachtfelder zu Nebenkriegsschauplätzen: Den Einsatz für die Dritte Welt, Vietnam oder allgemein den Frieden bezeichnete sie als revisionistisch. Das kam einer Absage an linksextremistische Strategien gleich, die danach trachteten, jegliches Protestpotenzial zu bündeln und zu instrumentalisieren. Den Befund der Wirkungslosigkeit machte der MSZ selbstverständlich auch für die Teilnahme systemgegenerischer Parteien an Wahlen geltend. Insbesondere der DKP warf die MSZ Staatsapologetik und „eine falsche Bestimmung des Staates und seiner Institutionen“³² vor. Man könne die „Macht des Großkapitals“ nicht dadurch „schwächen, dass Kommunisten ins Parlament einziehen“.³³ Mit ihrem fundamentalen Anti-Etatismus legte die MSZ frühzeitig den Grundstein für die systematische Verächtlichmachung staatlicher Institutionen in den 1980er Jahren. Sie reagierte stets hochsensibel auf nationalistische und staatsfixierte Tendenzen innerhalb der Linken weltweit. „Befreiungsbewegungen“, einst Vorbild des SDS, waren für die MSZ allenfalls pseudosozialistisch.³⁴

Mit viel Energie arbeitete sich die *Münchener Studentenzeitung* an der Novelle des Bayerischen Hochschulgesetzes ab, deren Inkrafttreten am 1. Oktober 1974 das Ende der Studentenvertretungen im Freistaat bedeutete und damit auch der *AK-Fraktion* als Hauptakteur des LMU-AStA. Das Versprechen, es sei „weiterhin Aufgabe, die Agitation von Intellektuellen und die Arbeit der agitierten Intellektuellen an der

29 Ebd., S. 10.

30 Was wollen die Anarchisten? Durch Selbstzerstörung zum Sieg über die Staatsgewalt, in: MSZ-Kollektiv (FN 21), S. 96.

31 Nach dem 1. Oktober: Politik ohne AstA, in: MSZ vom 18. Juli 1974, S. 2.

32 Zum Wahlzirkus (FN 24), S. 4.

33 Ebd., S. 5.

34 Vgl. Zur Kritik des arabischen Pseudosozialismus, in: MSZ vom 2. November 1973, S. 6.

revolutionären Theorie“³⁵ (die die MG in Wirklichkeit nie entwickelte) fortzusetzen, und eine „Programmatische Erklärung“³⁶ der *AK-Fraktion* markierten den Neuanfang, der ideologisch gesehen keiner war. Nach einer konzeptionellen und finanziellen Findungsphase – die ersten sieben Nummern bestanden aus hektographierten Blättern – erschien die MSZ als *Marxistische Studentenzeitung* bis 1980 in unveränderter Aufmachung. In dieser kurzen Übergangszeit etablierte die nunmehrige MG das Blatt an anderen westdeutschen Universitäten, weshalb „München“ aus dem Titel verschwinden musste und Hochschulpolitisches aus anderen Städten einzog.

Analysen zu wissenschaftstheoretischen Fragen blieben. Die lose Reihe „Aus der Welt der Wissenschaft“ stellte sich hochabstrakten Problemen. Die Seitenhiebe in Richtung des Marxismus-Leninismus mündeten in eine Fundamentalkritik an der DDR-Wissenschaft. Sie habe sich „in den Dienst eines Staates begeben, dem sie die Rechtfertigung und die Ideale für die praktische Niederhaltung der Ansprüche seiner Bürger liefert“.³⁷ Solche Befunde nahmen die scharfe Missbilligung des Realsozialismus vorweg, die die MSZ ab den frühen 1980er Jahren prägte. In dieser zweiten MSZ-Ära – zwischen 1974 und 1980 – ging die Zahl rein theoretischer Beiträge jedoch zurück, zugunsten zunehmend polemischer Kommentierungen aktueller Ereignisse. Mit ihrem beachtenswerten „Bericht zur geistigen Lage der Nation 1978“ gelang den Autoren ein umfang- und geistreicher Essay, der kaum etwas ausließ. Der Rundumschlag traf Politik, Medien, Wissenschaft und linke Konkurrenz gleichermaßen – und endete in Larmoyanz: „Normal sein heißt, umstandslos ihren [der Ideologien der bürgerlichen Wissenschaft] Zweck propagieren und offensiv vertreten gegenüber jedem, der anders verfährt. Das beste Übungsgerät sind Flugblattverteiler und Agitatoren von links. Statt Befolgung des Rats selbständige Tat. Intelligenz heute, das heißt, sie nur soweit benützen, wie sie zu einem wohlgeformten Bekenntnis taugt.“³⁸

Den inhaltlichen Schwerpunkt bildete nun der „US-Imperialismus“. Doch einem platten Antiamerikanismus gab sich die MSZ nicht hin. Die USA erfuhren keine Pauschalverdammung; man erkannte an, dass Demokratie und die dahinterstehende Intelligenz Faktoren waren, die zur längerfristigen Stabilität beitrugen: „Auch unser Beitrag zur 200-Jahr-Feier [...] stellte klar, dass von dieser Nation die Welt noch einiges zu erwarten hat, womit wir dem dummen Gerede vom Niedergang der USA im weltweiten Maßstab entgegentraten [...]. Und auch hier nutzen wir die Möglichkeit, ein Vorurteil auszuräumen, das da meint, Geist vertrüge sich schlecht mit Kaugummi, Wallstreet und Napalm.“³⁹ An der antiimperialistischen Ausrichtung der MSZ kann kein Zweifel bestehen; das Thema dominierte alle anderen bei wei-

35 Politik ohne AStA (FN 31).

36 Programmatische Erklärung der Roten Zellen/AK, in: Resultate der Arbeitskonferenz, 1/1974, S. 6-46.

37 Die dialektischen Umtriebe (FN 21).

38 Bericht zur geistigen Lage der Nation 1978, in: MSZ vom 11. Dezember 1978, S. 1.

39 Der Siegeszug der amerikanischen Wissenschaft. Die Modernisierung des abendländischen Geistes, in: MSZ vom 29. April 1977, S. 10.

tem. Doch das Blatt mochte in die – „moralische“ – Kritik der übrigen Linken an amerikanischen Menschenrechtsverletzungen nicht einstimmen. Mit ihrem Vorwurf, die USA missachteten die Menschenrechte, verhinderten die „Revisionisten“ die „Schlussfolgerung, dass die CIA für Demokratie und Menschenrechte eben notwendig ist. In der Reihe von Institutionen, die sich die Demokratie zu ihrer Selbsterhaltung schafft – wofür ihr jedes Mittel recht ist –, ist der militärische Geheimdienst der vorletzte“.⁴⁰ Menschenrechte waren für die MSZ keine Frage von Emotionen oder Werten, sondern Elemente einer Machtlogik.

Mit Vehemenz verwarf die MSZ die linke Dichotomie, die der (verwerflichen) NATO den (mit hehren Zielen ausgestatteten) Warschauer Pakt entgegenstellte. Es „werden die Warschauer Pakt-Staaten [...] ob ihrer Entspannungsliebe und Konstruktivität gepriesen und die Destruktivität der NATO als Hindernis in der Entwicklung des Weltfriedens angeprangert. Die Differenz zu analogen Kommentaren in der bürgerlichen Presse besteht darin, dass es genau umgekehrt steht – das Schema ist dasselbe: ein moralisches Urteil, bei dem es lediglich auf den Standort ankommt.“⁴¹ Die MSZ benannte Defizite der Sowjetunion, die sie dem „bürgerlichen“ Staat in derselben Weise angekreidet hatte. Zum 60. Jahrestag der Oktoberrevolution merkte sie an, „dass die Lohnarbeit auch dann kein Vergnügen ist, wenn sie nicht den Reichtum von Couponschneidern, Abs und Flicks und sonstigen Monopolisten nährt, beweisen auch die vielen staatlich verordneten Festivitäten.“⁴² Den Ost-West-Konflikt verdichtete sie zu einer Auseinandersetzung zweier strukturell ähnlich ausbeuterischer Systeme, von denen eines (USA) das stärkere und aggressivere, das andere (Sowjetunion) das schwächere sei.⁴³ Eine weitergehende Bewertung in Kategorien von Gut und Böse lehnte sie ab.

Es taten sich weitere tiefe Gräben zwischen MSZ und der übrigen extremen Linken auf. Die Zeitschrift setzte sich intensiv (weniger extensiv) mit dem Rechts-Extremismus auseinander, machte sich die verbreitete Antifa-Ideologie jedoch nicht zu eigen. Zum Beispiel offenbarte ein Beitrag zur NPD Anfang Januar 1978 eine – vom sarkastischen Tonfall einmal abgesehen – nüchterne Analyse, der auch manch „bürgerlicher“ Wissenschaftler zustimmen können: „Mit dem ideologischen Trick, Volksherrschaft [als Identität von Staat und Volk] mit Herrschaft des Volkes gleichzusetzen, leugnet die NPD den Gegensatz zwischen Staat und Bürgern in der Demokratie, greift die Regierung an, dass sie den Massen ‚echte Demokratie‘ vorenthalte und würgt schließlich dem geliebten Volk rein, dass Demokratie aufgrund seiner Blötheit gar nicht möglich sei. Die Bekenntnisse der NPD zur Demokratie sind nichts anderes als die demokratisch verbrämte [...] Bekundung des Willens,

40 CIA-Staatsbeamte mit Geheimauftrag: Krieg im Frieden, in: MSZ-Kollektiv (FN 21), S. 68.

41 Ein mieses Blatt in mieser Zeit, in: MSZ vom 5. Juni 1976, S. 7.

42 Vgl. 60 Jahre nach der Sozialistischen Oktoberrevolution: Sowjetunion heute, in: MSZ vom 26. Oktober 1977, S. 3-8.

43 Vgl. Gegen BRD-Imperialismus (FN 18).

einen alternativen Staat zu machen“.⁴⁴ Man kann der MSZ vieles vorwerfen, kaum aber, sich im Rahmen ihrer ideologischen Grundannahmen nicht um einen unverstellten Blick auf die Gegebenheiten bemüht zu haben. Mit diesem Anspruch versehen, tut sich jede Propaganda schwer.

Das Jahr 1980 markiert den Beginn der dritten Ära der MSZ. Aus der Zeitung, die ihren Untertitel zwischenzeitlich in „Hochschulzeitung der Marxistischen Gruppe“ geändert hatte, wurde eine Zeitschrift im Magazin-Format mit 60 bis 80 Seiten Umfang und zweimonatlichem, später monatlichem Erscheinungsrhythmus. Rubriken zogen ein, die MSZ bekam eine klarere Struktur. Die wichtigste Rubrik erhielt (ab 1983) den Namen „Gegenstandspunkt“ und versammelte essayistische, im Vergleich zu den oft schwer zu lesenden MSZ-Beiträgen sprachlich geschliffenere Texte. Inhaltlich verabschiedete man sich von Hochschulthemen, auch die Beiträge zur Wissenschaftstheorie verschwanden. Dieses Geschäft übernahmen die in mehreren westdeutschen Universitätsstädten gegründeten *Marxistischen Hochschulzeitungen*, (MHZ) von denen die Ausgabe in München die bekannteste gewesen sein dürfte. Die MSZ war nun keine Studentenzeitung mehr. Ab 1983 lautete der Untertitel „Das politische Magazin der MG“.

An die Seite eher ideologisch geprägter Artikel war schon kurz vorher dick aufgetragene Polemik mit geringerem Tiefgang gerückt. Ein Beispiel dieser Entwicklung, für das ein längeres Zitat erlaubt sei; Anlass war das 30. Gründungsjubiläum der Bundesrepublik 1979: „Angesichts der bei allen Missverständnissen weitreichenden Liebe zu diesem weitreichenden Staatsakt der ersten Stunde bleibt nun auch der Marxistischen Studentenzeitung, die nicht umhin kann zuzugeben, eine deutsche zu sein, nichts anderes übrig, als ihren Beitrag zur Feier abzuliefern: dem deutschen Volk, das sich 1949 genötigt sah, ‚im Bewusstsein der Verantwortung vor Gott und den Menschen‘ sich einen ‚Willen‘ zuzulegen, nämlich den, ‚seine staatliche Einheit zu wahren‘ und ‚dem staatlichen Leben für eine Übergangszeit eine neue Ordnung zu geben, ist in den 30 Jahren mit Hilfe eines grundgesetzlich geordneten Willens eine präsentable Ordnung gelungen. Herzlichen Glückwunsch, Herr Volk!“⁴⁵ Gleichwohl bediente die MSZ weiterhin die bisherigen Themenfelder, ohne einen Wandel in den Interpretationen oder den theoretischen Grundannahmen zu vollziehen. Die folgenden Ausführungen konzentrieren sich deshalb auf den Gegenstand, der die gesamte dritte Phase der MSZ entscheidend prägte: die Auseinandersetzung mit dem Niedergang des Kommunismus in Osteuropa.

Das eingangs zitierte „All das hat uns schwer getroffen“ war eine Reaktion auf ein Missverständnis. Als es mit der DDR und dann der Sowjetunion zu Ende ging, wollten offenbar nicht wenige Leser in den MSZ-Analysen eine Verteidigung des Realsozialismus erkannt haben. Dass das exakte Gegenteil der Fall war, hätte selbst bei nicht allzu aufmerksamer Lektüre schon 1980 auffallen können. Die

44 Nationalismus in der BRD: Wir sind wer oder Warum aus der NPD nichts wird, in: MSZ vom 28. Januar 1978, S. 7.

45 30 Jahre Bundesrepublik Deutschland: In bester Verfassung, in: MSZ vom 28. Mai 1979, S. 1.

Entwicklungen in Polen beobachtete die MSZ damals aufmerksam. Die Auseinandersetzung zwischen einem „nationalistischen“ Proletariat und einer ebenfalls „nationalistischen“ politischen Führung war für sie ein Nullsummenspiel, in dem die Konfrontation der gesellschaftlichen Opposition mit dem Staat ins Leere lief: Dieser sei „institutionalisiert worden, und ab sofort findet nicht nur ein staatlich dekretierter Produktionskampf um die Planerfüllung statt, sondern auch der Kampf einer Klasse um ihr Auskommen in einem Staat, der als einziger Adressat und Gegner bei jeder Forderung fungiert. Das führt zu Kompromissen, die den nationalistisch gesinnten Arbeitern bisher nur Anerkennung gebracht haben.“⁴⁶

Notorisch sprach die MSZ von „DDR-Nationalismus“⁴⁷ und zog Schlüsse, die mehr der Logik als der Ideologie folgten. Ein Beispiel: „Die Erfolge, die die bundesdeutsche Politik bei der friedlichen Vereinnahmung des anderen Deutschland zu verzeichnen hat, bringen das in der Mauer vergegenständlichte ‚Unrecht‘ nicht zum Verschwinden.“⁴⁸ Natürlich ging es der „moralbefreiten“ MSZ nicht um das „Unrecht“ an sich – die Führungszeichen sollten den Begriff als westdeutsche Position kennzeichnen –, aber sie stimmte nicht in den linken Chor des Schönredens und Ausblendens ein. Anlässlich des Honecker-Besuchs in der Bundesrepublik kritisierte die Zeitschrift den „nationalen Geltungsdrang“ der DDR und resümierte: „Da die Staatspartei [...] gleichzeitig in gut revisionistischer Manier jeden Zwiespalt zwischen werktätigem Volk und sozialistischer Führung leugnet – statt ihn auszutragen – blamiert sie sich reichlich.“⁴⁹

1987 und 1988 arbeitete sich die MSZ flächendeckend an Gorbatschow ab. Perestroika und Glasnost – so kann man den Tenor einschlägiger Artikel zusammenfassen – machten keinen grundsätzlichen Unterschied zum staatsdominierten Realsozialismus, der eben neue Wege der Herrschaftssicherung suchen müsse. Die MSZ nahm zur Kenntnis, dass die Sowjetbürger nun in den Genuss politischer Freiheiten kamen. Doch an den Mechanismen der Ausbeutung, die in der Planwirtschaft ohnehin schon walteten, ändere sich nichts. Sie bekämen nun durch den Kapitalismus mehr Effizienz und Menschlichkeit. „Bei aller Ungerechtigkeit erscheint den vom Menschen enttäuschten Linken der Kapitalismus als das überlegene, weil menschengerechtere System.“⁵⁰ Der Staat gewähre politische und wirtschaftliche Freiheiten, um als solcher zu überleben. Das „kapitalistische Dürfen“ wirke im Realsozialismus auf dieselbe Weise: „Dass sich die sozial betreuten Leute [in der DDR] vielleicht die Wohnungen und die Brötchen lässig leisten könnten, wenn ihr Arbeit und ihr Arbeitsertrag nicht erst für die Erwirtschaftung einer für den Staat ausschlaggebenden Kennziffer namens Gewinn herhalten müssten, fällt einem

46 Klarstellungen zu Polen, in: MSZ vom 22. Oktober 1980, S. 1.

47 9331 Tage Berliner Mauer: Eine bestrittene Grenze, in: MSZ, September 1986, S. 16.

48 Ebd.

49 Das einzige und das bessere Deutschland, in: MSZ, September 1987, S. 5.

50 Die BRD-Linken – von einer Hypothek entlastet, zwischen Hoffen und Bangen: Wir schätzen Gorbatschow ein!, in: MSZ vom 25. Mai 1989, S. 18.

DDR-Sozialpolitiker offenbar genausowenig ein wie seinen Kollegen in Bonn“.⁵¹ Dieser im MSZ-typischen Jargon formulierte Satz erschien kurz vor dem Fall der Mauer.

Umfangreiche ökonomische Analysen zur Wiedervereinigung⁵² prägten die letzten beiden MSZ-Jahre 1990 und 1991. Gleichzeitig wehrte sich die Zeitschrift gegen Medienberichte, die auf Recherchen zu den Finanzquellen der MG fußten. Die Gruppe konterte: „Die Umtriebe, das ‚Unwesen‘ der MG [...] beruhen eindeutig darauf, dass die paar Kommunisten der Nation auch ein paar Märker für ihre Flugblätter und Saalmieten übrig haben.“⁵³ Der letzte Punkt des Artikels bestand nur aus den eigentlich nicht druckreifen Worten: „8. Leckt uns am Arsch.“⁵⁴ Man kann davon ausgehen, dass die Frustration nicht gespielt war. Mitte 1991 erschien die MSZ zum letzten Mal. Auf der Titelseite prangte ein anderes Cover, nämlich das einer vom Bundesinnenministerium herausgegebenen Broschüre zur MG. Darin wurde unter anderem auf das sektenähnliche, konspirative Gebaren der Gruppe verwiesen: „Der Apparat der MG bespitzelt in umfassender Form auch deren eigene Mitglieder.“⁵⁵ Die Reaktion in der MSZ offenbart: Die MG war offenbar so von ihrer Indoktrination überzeugt, dass sie zu Selbstreflexion und Außenwahrnehmung schlicht nicht in der Lage war. Andernfalls hätte sie folgende Sätze nicht geschrieben: „Die MG tut allerhand, um für ihre Sache Mitmacher zu gewinnen; und was sie tut, ist auch ziemlich zweckmäßig.“⁵⁶ Es gehe „um die Vermittlung der Einsichten über die bürgerliche Welt, die die MG für entscheidend hält und mit denen sie ihre Agitation bestreitet [...]. Dass das Pochen auf diese Sorte ‚Kompetenz‘ ein einziger Angriff auf jeglichen Führer-Gehorsam ist, können nämlich jene Leute nicht begreifen, die von vornherein bei ‚Verstehen‘ nichts als ‚Gehorchen‘ denken und bei ‚Erklären‘ automatisch ‚Befehlen‘.“⁵⁷ Die Beobachtung durch den Verfassungsschutz – die MSZ beklagte die Anwerbung von V-Leuten – trug sicherlich zur Auflösung der Gruppe und zum Ende der MSZ bei, war aber nicht der alleinige Grund. Letztlich scheiterte die MG am eigenen Anspruch, mit ihren Überzeugungen ohne weiteres andere überzeugen zu können.

51 Eine Bilanz von 40 Jahren DDR: Realer Sozialismus deutscher Nation, in: MSZ vom 26. Oktober 1989, S. 6.

52 Vgl. „Wiedervereinigung“: Politische Ökonomie einer friedlichen Eroberung, in: MSZ vom 5. April 1990, S. 7-22.

53 Notizen zur Tätigkeit der Staatssicherheit (West), in: ebd., S. 2.

54 Ebd., S. 4.

55 Der Bundesminister des Innern (Hrsg.), Die „Marxistische Gruppe“ (MG). Ideologie, Ziele und Arbeitsmethoden eines kommunistischen Geheimbundes, Bonn 1991, S. 63.

56 Psychoterror in subversiver Absicht: Zum Sektenvorwurf, in: MSZ vom 13. Juni 1991, S. 11.

57 Ebd., S. 12.

2. Würdigung

Die Indoktrination, das merkte die MG schnell, war kein Selbstläufer. Sie musste gegen alle Widerstände erzwungen werden. Dabei bewies die Gruppe eine erstaunliche Hartnäckigkeit. Zu Zeiten, als es noch kein Internet gab, spann sie im Rahmen ihrer finanziellen und organisatorischen Möglichkeiten ein vielfältiges Publikationsnetzwerk, innerhalb dessen die MSZ zum Flaggschiff aufstieg. In den 1980er Jahren existierten nicht weniger als 100 MG-Publikationen, zumeist parallel. Nicht alle hatten einen nennenswerten Umfang und die Erscheinungsweise variierte stark. Doch das Spektrum war breit gefächert: Sie gab *Marxistische Arbeiterzeitungen*, *Marxistische Hochschulzeitungen*, Fachbereichszeitungen und Schriften heraus, die an Betrieben verteilt wurden. Eigene Buchhandlungen vertrieben die Editionen des Resultate-Verlags. Die MSZ entwickelt sich in diesem Kosmos zum Zentralgestirn. Aus der einstigen *Münchener Studentenzeitung* wurde 1974 die bundesweite *Marxistische Studentenzeitung* und schließlich von an 1980 das Magazin, das in relativ hoher Auflage⁵⁸ der akademischen Welt entwachsen wollte.

Zwar hat dieser Beitrag vorrangig die ideologischen Filtrate analysiert, doch zu keinem Zeitpunkt war die MSZ ein reines Theorieorgan. Ihre hauptsächliche Funktion war stets, die Einsichten ihrer Autoren durch Analysen aktueller Ereignisse zu verbreiten. Hochschulpolitische Berichte gehörten in der ersten Phase zum Profil. Die spätere Polemik, sie ging den MSZ-Autoren gut von der Hand, erfüllte den Zweck der Lächerlichmachung der „offiziellen“ Politik, der Parteien und des Staates. Hier handelte es sich um eine Art populistischen Appell, um die Neugier demokratiekritischer Geister zu wecken und für das Denken der MG zu gewinnen. Ansprache und verpackter Ideologietransfer waren das Hauptanliegen zu den Hochzeiten der MSZ. Die Erörterung marxistischer Dogmatik im engeren Sinn vermied die Zeitschrift vollständig; das blieb den Schulungen oder einzelnen separaten Publikationen vorbehalten.⁵⁹

Weil die MG ihre Ideologie auf den kleinen, aber festen Kern des von Marx unterbreiteten Kapitalverhältnisses beschränkte und auch außerhalb davon auf Ableitbarkeit, „empirische“ Evidenz und Logik achtete, bekamen die Texte der MSZ eine erstaunliche Stringenz. Dazu trug der enge Kreis der Autoren bei, der die Ideologie gemeinsam entwickelt hatte. Immanente Widersprüche konnte die MSZ deshalb gering halten. Die MG entwickelte ihre Ideologie jedoch nicht zu einem umfassenden Welterklärungsmodell weiter und kam deshalb nie in Versuchung, sie den Gegebenheiten ständig anpassen zu müssen. Umgekehrt vermied sie die Neigung anderer kommunistischer Organisationen, die Realität zurechtzubiegen oder schönzureden. Die Erklärung politischer und gesellschaftlicher Phänomene kam oft ganz ohne Marxismus aus. Für die MSZ stand immer fest, „dass es außerhalb

58 Der Verfassungsschutz ermittelte Anfang der 1990er Jahre für MSZ, MAZ und MHS zusammen eine jährliche Auflage von rund zehn Millionen Exemplaren. Vgl. Der Bundesminister (FN 55), S. 37.

59 Vgl. Der Aufbau des Kapital (II), in: AK – Resultate der Arbeitskonferenz, 2/1975, S. 5-21.

des Marxschen Kapitals [...] auch noch andere ‚ungelöste Probleme‘ gibt“.⁶⁰ Diese Probleme ging sie eher unideologisch an, was Dogmen der linksextremistischen Konkurrenz grundlegend in Frage stellte. Die Rolle des ideologischen *Mavericks* pflegte die MG akribisch; wenn sie von „den“ Kommunisten sprach, meinte sie nicht immer sich selbst.

Ich möchte an dieser Stelle den Horizont der MSZ erweitern und – wenn auch kurz – die Abweichungen der MG-Theorien gegenüber dem Marxismus-Leninismus herausarbeiten, um anschließend auf die Strategie des diskursiven Abschottung der Gruppe eingehen, die bis heute nachwirkt. Ich habe Einschätzungen dieses Beitrags auf dem Mikroblog Twitter gegenüber Angehörigen und Sympathisanten des *Gegenstandspunkt* vorab zur Diskussion gestellt. Diese wehrten sich unter anderem vehement gegen die Anwendung des Ideologiebegriffs auf die MG; man betreibe „Wissenschaft“.⁶¹ „Ideologie“ ist bei der MG durchweg abwertend konnotiert. Auf diesem Fundament ruht wesentlich die Abgrenzung zum „ideologischen“ Linksextremismus. Zwei Elemente der MG-Theorie reichen in der Tat über dessen Rand hinaus: zum einen das Konzept des freien Willens, das im orthodoxen Marxismus alles andere als eine kardinale Rolle spielte und die Existenz einer „absolute[n] Willensfreiheit“ verneint.⁶² Im Denken der MG nimmt die Willensfreiheit dagegen eine zentrale Rolle ein. Der Wille sei „insofern ‚frei‘ als er nicht kausal determiniert ist. Aber er hat stets einen Inhalt, richtet sich auf seine Umwelt, zieht seine Schlüsse aus ihr.“⁶³ Die Hervorhebung des freien Willens führt dazu, dass die MG alle „ideologischen“ Einwirkungen auf ihn unbeschadet ihrer Provenienz ablehnen muss.

Das zweite Alleinstellungsmerkmal betrifft – damit zusammenhängend – die Rolle des Staates. In den 1970er Jahren war die MG Teil der am Ende fruchtlosen Staatsableitungsdebatte innerhalb des Neomarxismus, bei der es auch um die Frage der Identität oder der Trennung von Politik und Ökonomie ging.⁶⁴ Die MG stellte fest: „Der bürgerliche Staat ist die politische Gewalt der kapitalistischen Gesellschaft.“⁶⁵ Er erscheint also ursprünglich nicht als Herrschaft einer kapitalistischen Klasse (zu der er gleichwohl werde), sondern als „freiwillige[r] Zusammenschluss“ aller Bürger, der wiederum Ausdruck ihres „abstrakt-allgemeine[n]“,⁶⁶ aber durch die Eigentumsinteressen unbewusst erzwungenen Willens sei. Ein solcher Wille komme zu dem Schluss, „dass zum Erreichen seiner Ziele die Beschränkung seiner selbst nötig ist, die Unterwerfung unter eine Herrschaft (Regierung).“⁶⁷ Diese

60 Zur Schulungsarbeit (FN 12).

61 Twitter-Account @Strolliver, Tweet vom 20. April 2023, 23.54 Uhr.

62 Vgl. Art. Willensfreiheit, in: Alfred Kosing, Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Philosophie, Berlin (DDR) 1987, S. 566.

63 Twitter-Account @Strolliver, Tweet vom 20. April 2023, 23.41 Uhr.

64 Vgl. Bernhard Blanke, Entscheidungsanarchie und Staatsfunktionen: Zur Analyse der Legitimationsprozesse im politischen System des Spätkapitalismus, in: Rolf Ebbighausen (Hrsg.), Bürgerlicher Staat und politische Legitimation, Frankfurt a. M. 1976, S. 188–216.

65 Gegenstandspunkt (Hrsg.), Der bürgerliche Staat. Unveränderte Neuauflage der Ausgabe von 1980, München 2008, S. 11.

66 Ebd., S. 12.

67 Twitter-Account @Strolliver, Tweet vom 20. April 2023, 23.44 Uhr.

Staatsgenese von unten bildet einen Gegenentwurf zur marxistisch-leninistischen Auffassung, die im „bürgerlichen“ Staat ein von oben inszeniertes Herrschaftsinstrument einer bestimmten Klasse erblickt. Lenins Bezeichnung „Diktatur der Bourgeoisie“ hätte die MG nicht geteilt. Unklar bleibt freilich, wie die interessengeleitete Staatsbildung auf den Realsozialismus angewandt werden könnte.

Auch 32 Jahre nach Auflösung der MG verteidigen ihre geistigen Sachwalter die damaligen Theorien mit Zähnen und Klauen. In der Zeitschrift *Gegenstandpunkt* reüssierte die Rubrik „Korrespondenz“, in der Leserfragen zu kardinalen MG-Texten in dem Sinn beantwortet werden, dass an deren Richtigkeit möglichst kein Zweifel mehr besteht.⁶⁸ Ich selbst habe mich der Diskussion der MG-Apologeten ausgesetzt mit folgender Erkenntnis: Es geht den *Gegenstandpunkt*-Theoretikern ausschließlich um die richtige Interpretation bzw. das Verständlichmachen der eigenen Position. Das Gegenüber soll die eigene Auffassung darlegen, die dann als „Missverständnis“, „Fehldeutung“⁶⁹ oder „falsches Verständnis“ in den ideologischen Reparaturbetrieb kommt. Man muss den MG-Apologeten zwar zugutehalten, dass sie sich tatsächlich viel Mühe geben, ihre Positionen zu erläutern. Letztlich handelt es sich aber um eine Art geistige Autoimmunisierung. Werden Argumente oder Beispiele außerhalb der eigenen Theorie herangezogen, herrscht beredtes Schweigen.

3. Literatur

Das ist der erste Aufsatz, der sich ausschließlich mit der MSZ beschäftigt. Analysen zur MG sind meist Teil größerer Veröffentlichungen. In Gerd Langguths umfangreichem Werk zur Neuen Linken nach 1968 nimmt die „Sondererscheinung“⁷⁰ MG gerade einmal dreieinhalb Seiten ein. Ich konzentriere mich hier auf zwei Untersuchungen zur MG, auf die die Bezeichnung Monographie mehr oder weniger zutrifft, zum einen die bereits erwähnte Broschüre aus dem Bundesinnenministerium, also vom Verfassungsschutz, zum anderen die Dissertation von Matthias Dapprich⁷¹ aus dem Jahr 2013. Beide Publikationen sind von Intention und Methodik her denkbar unterschiedlich.

Die Broschüre, die die MG selbst als ihren Grabstein setzte, beabsichtigt aufzuklären und zu warnen. Der Hang, die Gruppe nicht nur zu analysieren, sondern auch in Misskredit zu bringen, ist unverkennbar und taucht die an sich wertvollen Erkenntnisse in schales Licht. Warum hatte man es nötig, ausgerechnet einen Bericht

68 Vgl. Zuschrift zu „Die Psychologie des bürgerlichen Individuums“, in: *Gegenstandpunkt*, 4/2021, S. 81.

69 Twitter-Account @Strolliver, Tweet vom 20. April 2023, 23.45 Uhr.

70 Gerd Langguth, *Protestbewegung. Entwicklung – Niedergang – Renaissance. Die Neue Linke seit 1968*, Köln 1983, S. 128.

71 Matthias Dapprich, *The Historical Development of West Germany's New Left from an Politico-theoretical Perspective with Particular Emphasis on the Marxistische Gruppe and Maoist K-Gruppen*, Diss., Glasgow 2013.

der K-Gruppe *Kommunistischer Bund* zu einem „kleineren“ Treffen der MG in Marburg zu zitieren, der das angebliche „besoffene Gestammel ihrer Vortänzer“ kolportierte? Warum folgendes Zitat? „Höhepunkt der Zirkusnummer: Der Abgang des 2. Vorsitzenden Dr. Held ins Klo, um sich nach dem Genuss eines Kasten Biers auszukotzen (ein Teppich, um hineinzubeißen, war nicht vorhanden).“⁷² Die Broschüre war darauf aus, die MG-Kader tendenziell als unzurechnungsfähige Spinner hinzustellen. Zu ihren Schriften hieß es: „Zum Verständnis von Sprache und Inhalt ist langjähriger Umgang mit den Denkschablonen der MG erforderlich. Außenstehende, die sich solcher ‚Gehirnwäsche‘ nicht unterzogen haben, wird ihr Inhalt wirr und un schlüssig erscheinen.“⁷³ Dieses Urteil ist, zumindest mit Blick auf die MSZ, nicht haltbar. Sicherlich waren die Macher der Zeitschrift ideologisch borniert. Dass sie aber von ihrer Sache mit großem Ernst überzeugt sein könnten, kam den Autoren der Broschüre offenbar nicht in den Sinn. Die Analyse der Positionen nimmt die MG – dasselbe gilt für Langguth – zwar in den Kanon des marxistischen Linksextremismus, übersieht aber Elemente, die außerhalb liegen. Die Broschüre macht lediglich „ein distanzierendes Verhältnis“ zu den „Klassikern des Marxismus-Leninismus“⁷⁴ aus. Sie verkennt jedoch die in diesem Aufsatz dargelegten fundamentalen Unterschiede, wie sie etwa im Staatsbild, der Haltung zum Realsozialismus oder zum Rechtsextremismus zum Ausdruck kommen. Ein Abschnitt will sich mit dem „Revolutionskonzept der MG“⁷⁵ befassen, das in Wahrheit nie elaboriert wurde und stets im Dunkeln blieb.

Dapprich betont demgegenüber die außermarxistischen Einflüsse auf die MG-Ideologie und hebt die Bedeutung und theoretische Funktion des freien Willens im (demokratischen) Staat heraus: „In summary, the theory of abstract free will formed a key element of the MG’s body of thought, and defined the group’s approach to the object of its agitation.“ Im Denken der MG agiere der Staat als „ideal practical capitalist“, whose interests are not identical to those of any specific class interest“.⁷⁶ Der Staat übe nur dann Zwang aus, wenn sich die Individuen dem kapitalistischen Wettbewerb widersetzen. Dapprich schließt sich den Befunden des linken Rechtstheoretikers Albert Krölls⁷⁷ an, wenn er feststellt, dass in den Vorstellungen der MG die Anerkennung des freien Willens „is the most abstract but also its most comprehensive form to commit the free will to act in accordance with the requirements of state authority.“⁷⁸ Die Broschüre aus dem Innenministerium und die Dissertation Dapprichs ergänzen einander, ohne sich zu überschneiden. Die vollständige Erfassung der MG-Ideologie wird weder hier noch dort geleistet.

72 Arbeiterkampf vom 16. Februar 1981, S. 4, zitiert nach Der Bundesminister (FN 55), S. 11.

73 Der Bundesminister des Innern (FN 55), S. 37.

74 Ebd., S. 21.

75 Ebd., S. 25.

76 Dapprich (FN 71), S. 176.

77 Vgl. Albert Krölls, Freiheit, Gleichheit, Eigentum, Sozialstaat – So gut wie ihr Ruf?, Bremen 2002; ders., Kritik der Psychologie, Hamburg 2006; ders., Das Grundgesetz – ein Grund zum Feiern?, Hamburg 2009.

78 Dapprich (FN 71), S. 181.